

- 9. DEZ. 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/279 - 8. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0385890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3 Mit der SPD in eine bessere Zukunft

Wirtschaftspolitik neuen Stils:

111

Von Dr. Heinrich Daist, MdB,
Mitglied der SPD-Mannschaft

Der Auslandsbericht

4 Bulgaren verhandeln in Athen

46

Es geht um mehr als die Feststellung alter Schulden
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

5 Schröder und die Moskauer Deklaration

45

Unpassende Antwort auf eine Herausforderung

6 Ulbricht macht schlechte Witze

15

Zone als "Modell" zur Wiedervereinigung

6 Wieviel gilt das Wort Adenauers?

18

Deutsche Ärzteschaft enttäuscht
Kanzlerzusage von CDU nicht eingehalten

* * * * *

Wirtschaftspolitik neuen Stils!

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Mitglied der SPD-Mannschaft

Der Appell von Hannover enthält drei Hauptforderungen an die deutsche Politik:

Wir müssen die Herausforderung der kommunistischen Welt annehmen und ihr nicht nur mit militärischen Rüstungen, sondern auch mit geistiger und sozialer Aufrüstung begegnen.

Wir haben die Chance, unseren Lebensstandard noch in dieser Generation zu verdoppeln, damit jeder in Freiheit sein Leben würdig einzurichten vermag. Wir müssen sie nutzen.

Wir müssen uns lösen von der Politik der Rechthaberei, der Verhärtung, der Eigensucht. Wir brauchen eine Politik der Redlichkeit, der Sachlichkeit, der Zusammenarbeit, des Ausgleichs. Wir brauchen - kurz gesagt - einen neuen, einen besseren Stil in der Politik - auch in der Wirtschaftspolitik.

Verdoppelter Lebensstandard bedeutet nicht nur Verdoppelung der Löhne, Gehälter und sonstiger Einkommen. Der Mensch lebt nicht nur für materielle Dinge. Es geht um seine Gesundheit, es geht um seine Familie, um das Gemeinschaftsleben, um die Teilnahme an geistigem und kulturellem Leben. Der Mensch lebt in seiner Stadt, in seiner Gemeinde. Der Verkehr sollte dem Menschen dienen, aber sein Leben nicht unnötig gefährden; dazu sind neue Straßen und größere Verkehrssicherheit nötig. Unsere Kinder sollen eine gute, möglichst vorbildliche Erziehung genießen; dazu sind mehr Lehrer und neue Schulen erforderlich. Und ein lateinisches Sprichwort sagt, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Die Gesundheit der Menschen ist heute so bedroht, daß wir viel mehr als früher für die körperliche Erziehung tun müssen. Darum nicht gleich jede moderne Schwimmhalle als "Schwimmoper" verunglimpfen. Und schließlich haben auch die Menschen auf dem Lande Anspruch auf ein gesellschaftliches und kulturelles Leben, wie es dem heutigen Stande der Zivilisation entspricht; darum auch Aufrüstung des Dorfes! Seit Kriegsende haben wir viel erreicht. Aber damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Jetzt stecken wir unsere Ziele weiter.

Mißbrauch der Macht

Einen Vergleich mit dem Osten hält die Bundesrepublik in jeder Beziehung aus. Dort Verbot jeder freiheitlichen Regung; bei uns kann jeder seine eigene Meinung bilden, sie äußern und seine Stimme bei politischen

Entscheidungen zur Geltung bringen. Die Frage ist jedoch: Ist unsere freiheitliche Ordnung so vorbildlich, wie sie sein kann? Haben die Großunternehmungen nicht eine Macht in der Wirtschaft, durch die sich die selbständigen Unternehmungen in wachsendem Maße bedroht fühlen? Haben die großen Interessenverbände nicht einen solchen Einfluß auf Parlament und Regierung, daß manchmal der Eindruck entstehen kann, die Interessenverbände und ihre Präsidenten bestimmten die Politik?

Das Bekenntnis zur freiheitlichen Ordnung unserer Wirtschaft ist nur dann wirklich überzeugend, wenn der Staat dem Mißbrauch der Macht durch die Großwirtschaft wirksam entgegentritt und alles tut, um die leistungsfähigen selbständigen Unternehmen zu stärken. Daher brauchen wir mehr Aufrichtigkeit und mehr Konsequenz - auch gegenüber den mächtigen Interessengruppen.

Gefahren einseitiger Vermögensbildung

Der Bundesfinanzminister hat bei den letzten Haushaltsberatungen gefordert, wir müßten eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung schaffen. Hier gibt es einen sehr kritischen Punkt: die einseitige Vermögensverteilung. In jedem Jahre wächst das Vermögen der deutschen Volkswirtschaft um 13 - 15 Milliarden DM. Aber etwa die Hälfte der Arbeitnehmer und viele mittlere und kleine Unternehmer haben ein Einkommen, das ihnen nicht gestattet, in angemessenem Umfang zu sparen und Eigentum zu erwerben; sie sind an dieser volkswirtschaftlichen Vermögensbildung nicht beteiligt. Etwa 60 Prozent aller Gewinne der Wirtschaft konzentrieren sich auf eine sehr kleine Zahl großer Unternehmungen. Und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Politik der letzten 10 Jahre diese Entwicklung begünstigt hat.

Hier muß für breite Eigentumsstreuung gesorgt werden. Dazu gehört einmal, daß das Einkommen der eben genannten Arbeitnehmer und Selbständigen wirksam verbessert wird; dazu gehört aber auch, daß möglichst vielen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, sich an dem großen Vermögenszuwachs der Wirtschaft zu beteiligen. Die Sozialdemokratie hat zum ersten Male konkrete Vorschläge gemacht, um möglichst vielen Menschen die Bildung von privatem Eigentum zu ermöglichen, und damit erneut bewiesen, daß der Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit sie nicht trifft. In der Lösung dieser Aufgabe sollten alle, die eine bessere und gerechtere Sozialordnung fordern, zusammenarbeiten. Dazu gehört Aufrichtigkeit

und Redlichkeit im Kampf der Meinungen um den richtigen Weg.

Mehr Konsequenz und Mut

In der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Osten müssen alle europäischen Staaten eng zusammenstehen, Einigkeit macht stark. Tatsächlich aber haben sich sechs Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sieben Staaten zur Europäischen Freihandelszone zusammengeschlossen; fünf weitere europäische Staaten stehen abseits. Ein solcher Gegensatz schwächt Europa wirtschaftlich und politisch. Die Bundesrepublik Deutschland, die im Zentrum Europas liegt, hat das allergrößte Interesse daran, daß die Kluft zwischen den beiden Blöcken überbrückt und ein großer gemeinsamer europäischer Markt geschaffen wird. Die Bundesregierung hat sich bisher auf grundsätzliche Bekenntnisse beschränkt. Hier brauchen wir mehr Konsequenz und Mut zu eigenen konkreteren Vorschlägen. In aller Sachlichkeit sollten wir gemeinsam nach Lösungen suchen, um das ganze Europa zur Zusammenarbeit zu bringen.

Wir dürfen nicht versagen

Und das wichtigste Kapitel! In den weiten Landstrichen in Asien, Afrika und Südamerika leben zwei Milliarden Menschen in unvorstellbarem Elend. Zwei Drittel der Weltbevölkerung hungern! Niemand auf dieser Welt kann ruhig leben, so lange diese unmenschliche Ungerechtigkeit besteht. Es ist die Aufgabe unserer Zeit, diesen Menschen zu helfen, daß auch sie so schnell wie möglich zu nationaler Freiheit und zu einem angemessenen wirtschaftlichen und sozialen Leben kommen. Dazu gehört Kapital, dazu gehören Menschen, vor allem junge Menschen, die sich dieser Aufgabe widmen. Menschen im Elend sind eine leichte Beute des Kommunismus. Unser Beitrag im Kampf gegen die Not in der Welt ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus.

Bis heute hat die Bundesrepublik keinen wirklich ernsthaften Beitrag zu dieser großen Aufgabe geleistet. Unter dem Druck des Auslandes - leider nicht aus eigenem Antrieb - wird z.Zt. eine große Anstrengung gemacht; aber es handelt sich bis jetzt nur um eine einmalige Maßnahme. Nichts ist vorgesehen, um die Durchführung dieser Aufgabe zu sichern, die lange Jahre in Anspruch nehmen wird. Hier muß ein wohlüberlegter Gesamtplan aufgestellt werden, hier müssen auch die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sich nicht Kapital und Kräfte verzetteln und wirkungslos bleiben. Wir dürfen nicht versagen, denn unser Schicksal hängt von dem Schicksal jener jungen Völker ab, die nur allzu lange im Elend, in Unwissenheit und in Unfreiheit gehalten wurden. Nur gemeinsam werden wir diese große und schwierige Arbeit bewältigen.

Bulgaren verhandeln in Athen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schlicher

Die in Athen in diesen Tagen begonnenen griechisch-bulgarischen Gespräche haben zweifellos mehr als nur bilaterale Bedeutung. Seit Jahren hat die griechische Regierung nicht nur jedes Gespräch zwischen allen Balkanstaaten eben mit dem Hinweis auf jene ungeklärten griechisch-bulgarischen bzw. griechisch-albanischen Probleme abgelehnt, sondern darüber hinaus jede Möglichkeit einer Diskussion der griechisch-bulgarischen Finanzfragen ausgeschlagen, indem sie auf der vorbehaltlosen Zahlung der Sofia im Friedensvertrag aufzulegenden Reparationen bestand.

Bulgarien hat mit hartnäckigen Weigerungen, und lieber die Erhöhung der 45 Millionen Dollar durch Zinsen auf sich nehmend, schließlich sein lang verfolgtes Ziel erreicht, mit griechischen Unterhändlern an einem Tisch zu sitzen. Mit welchen Ergebnissen man sich abschließend wieder trennen wird, bleibt abzuwarten. Durch die Aufnahme der Verhandlungen hat Athen den bulgarischen Standpunkt anerkannt, daß die bulgarischen Reparationszahlungen und griechischen Vorkriegsschulden gegenseitig aufzurechnen seien. Aber gerade die Feststellung der griechischen Schulden dürfte alles andere als einfach sein; resultieren sie doch aus vertraglich zugesicherten Rückerstattungsbeträgen für Eigentum bulgarischer Staatsbürger, die nach dem Verlust Thraziens an Griechenland nach Bulgarien ausgewanderten und deren Besitz in Griechenland verblieb.

Es wird also wegen der Schwierigkeit einer nachträglichen Wertbestimmung ehemals bulgarischen Besitzes weitgehend von der subjektiven Einschätzung des politischen Wertes dieser Verhandlungen abhängen, ob die Athener Gespräche erfolgreich sein werden oder nicht. Es ist kaum anzunehmen, daß die Bulgaren gewillt sein werden, ohne jeden politischen Vorteil ihrem südlichen Nachbarn mit 45 Millionen Dollar unter die Arme zu greifen. Umso mehr als man sich von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Athens nur politische Vorteile erhofft. Andererseits dürfte der griechischen Regierung daran gelegen sein, in ihrer gerade jetzt alles andere als stabilen Situation zumindest der linken Opposition etwas Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie ihre Verhandlungsbereitschaft mit einem kommunistischen Nachbarstaat demonstriert. Daneben ist jedoch auch die Meinung verbreitet, daß sich Athen mit diesen Gesprächen etwas mehr Handlungsfreiheit gegenüber seinen westlichen Verbündeten, insbesondere den USA, schaffen wolle. Nachdem nämlich die USA vor Jahresfrist selbst diplomatische Beziehungen und damit einen direkten Draht nach Sofia hergestellt haben, mußte auch Athen daran gelegen sein, nun gegenüber seinen nördlichen Nachbarn etwas selbständiger aufzutreten.

So untrennbar alle diese Aspekte mit den griechisch-bulgarischen Gesprächen verwoben sind, wird das Ergebnis dieser Verhandlungen - wie immer sie auch ausfallen mag - für die internationale Politik auf dem Balkan von großer Bedeutung sein.

Schröder und die Moskauer Deklaration

sp - Die Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen Parteien ist gewiß eines sorgfältigen Studiums wert. Strategie und Taktik des Weltkommunismus sind darin festgelegt. Die Kommunisten beschwören zwar die Koexistenz als Grundlage zwischenstaatlichen Zusammenlebens, glauben nicht mehr an die Notwendigkeit des Krieges als einen Hebel des gesellschaftlichen "Fortschritts" - was sie auch immer darunter verstehen mögen - gleichzeitig jedoch sagen sie der freizeitlichen Lebensordnung des Westens einen verschärften Kampf an. Die ideologischen Auseinandersetzungen dürften demnach in Zukunft noch härter werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Der Westen braucht sich davor nicht scheuen, er verfügt über genügend geistige und sittliche Abwehrkräfte. Auf dem freien Feld des Geistes ist er dem totalitären, den ganzen Menschen beanspruchenden Kommunismus ohnehin überlegen. Das spüren die Kommunisten. Deshalb findet das freie Wort und der freie Geist bei ihnen keine Heimstatt, sie haben sie aus den Bereichen, in denen sie herrschen, verbannt.

Irgendwie muß der Westen mit der kommunistischen Herausforderung fertig werden, wobei die Methoden der Abwehr und des ideologischen Angriffs in den verschiedenen Ländern auch verschieden sein mögen. Polizeimethoden dürften sich hier jedoch als die untauglichsten Mittel erweisen. Diese aber will unser Innenminister Dr. Gerhard Schröder anwenden. Er verspricht sich davon eine Wunderwirkung. So nimmt er die Moskauer Deklaration zum willkommenen Anlaß, um für seinen schon berücksichtigt gewordenen Gesetzentwurf über die Regelung von Ein- und Ausreisebestimmungen erneut die Werbetrommel zu schlagen. Gewiß: die Pankower Wacht haben in Zersetzung und Infiltration der Bundesrepublik ein politisches Hauptziel. Dazu gehört auch die Aushöhlung ihrer inneren Verteidigungskraft. Pankow unterhält ein Heer von mehr oder weniger gut oder schlecht bezahlten Agenten. Dies weiß die deutsche Öffentlichkeit. Kein Demokrat wird daher die Pflicht zur Wachsamkeit leugnen. All dies zugegeben: Kann man nicht auch den Bogen hier überspannen? Schröder überspannt ihn.

Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der kommunistischen Agententätigkeit will Schröder den innerdeutschen Verkehr zum Erliegen bringen und genau das tun, was seinem Ulbricht das Herz vor Freude springen lassen muß, nämlich vom Westen her den Eisernen Vorhang noch dichter und unpassierbarer zu machen. Würde dieser famose Gesetzentwurf wirklich Gesetz, wäre dann Pankow aller Sorgen wegen der anhaltenden "Republikflucht" entkoben. Der Weg nach dem Westen bliebe versperrt, die letzten menschlichen Beziehungen zwischen hien und drüben gingen in Brüche. Sieht dies nicht der Bundesinnenminister oder will er es nicht sehen? Uns scheint, der Druck der Öffentlichkeit muß noch stärker werden, damit der Schröder'sche Gesetzentwurf nur Makulatur bleibt. Die Väter dieses Entwurfes könnten auch in östlichen Amtsstuben sitzen, denn deren Geist atmet er.

Ulbricht macht schlechte Witze

sp- Aufgeblasen in Moskau, fängt Walter Ulbricht jetzt an, gemein zu werden. Er macht schlechte Witze. Jetzt soll -ausgerechnet!- die sowjetische Besatzungszone das Beispiel für ein wiedervereinigtes friedliches Deutschland sein. Vor Eisenbännern erzählte er das. Es ist eine unvorstellbare Anmassung, ausgerechnet die sogenannte DDR als "Modell" für das ganze Deutschland zu preisen. Monatlich laufen an die 15 000 Bürger der Zone dem Herrn Ulbricht weg. Nicht etwa aus Abenteuerlust, sondern weil sie es satt haben, in Unfreiheit seelischer und materieller Bedrängnis zu leben. Der neueste Slogan Ulbrichts ist so dummdreist, dass man sich fragen muss, ob der Mann wirklich noch sattelfest ist. Oder spricht aus ihm der zynische Gedanke an die sowjetischen Divisionen, denen er seine Macht verdankt? Ganz gleich, welche Antwort man auf diese Frage gibt, hier offenbart sich die abgrundtiefe Verlogenheit eines Potentaten, der nicht mehr weiss, wo die Grenze des Zumutbaren ist.

* * *

Wieviel gilt das Wort Adenauers?

sp- Die Diskussion um die Reform der Krankenversicherung reisst nicht ab. Wem es bis jetzt noch nicht klar war, dem zeigt sich in diesen Tagen, warum die Sache nicht vorwärts geht. In der CDU/CSU herrscht heillose Verwirrung, versuchen die einzelnen Interessengruppen in der Partei, sich gegenseitig zu überspielen. Die Deutsche Ärzteschaft hat am Mittwoch in einem Brief an Dr. Adenauer ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, dass die Beschlüsse des Sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion zur Reform der Krankenversicherung von den Zusagen abweichen, die der Kanzler im Sommer dieses Jahres den Ärzten höchstpersönlich gegeben hatte. Es geht dabei besonders um die Einschränkung des Kassenärzterechtes. Interessant ist, dass die Deutsche Ärzteschaft in ihrem Brief an den Bundeskanzler auch darauf hinweist, die Beschlüsse des Sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion widersprechen auch allen bisherigen CDU-Parteibeschlüssen. Weiss in der CDU die eine Hand nicht, was die andere tut, oder hat der Kanzler im Sommer den Ärzten nur etwas Freundliches sagen wollen, um seine Besucher auf anständige Art und Weise wieder loszuwerden?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel